

## Schriftliche Fragen

mit den in der Zeit vom 10. bis 21. Januar 2000  
eingegangenen Antworten der Bundesregierung

### Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Austermann, Dietrich (CDU/CSU) . . . . .	6, 17	Hollerith, Josef (CDU/CSU) . . . . .	3, 4, 16
Dr. Bergmann-Pohl, Sabine . . . . .	29, 30, 31, 32, 33, 34 (CDU/CSU)	Dr. Hornhues, Karl-Heinz (CDU/CSU) . . . . .	46, 47
Bonitz, Sylvia (CDU/CSU) . . . . .	35, 36	Dr. Lammert, Norbert (CDU/CSU) . . . . .	5
Brudlewsky, Monika (CDU/CSU) . . . . .	22	Lemke, Steffi . . . . .	26, 27, 28 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Doss, Hansjürgen (CDU/CSU) . . . . .	39	Mehl, Ulrike (SPD) . . . . .	56, 57, 58, 59
Faße, Annette (SPD) . . . . .	23	Dr. Meister, Michael (CDU/CSU) . . . . .	48
Fischer, Dirk (Hamburg) (CDU/CSU) . . . . .	40, 41, 42, 43	Nolte, Claudia (CDU/CSU) . . . . .	49, 50
Frankenhauser, Herbert (CDU/CSU) . . . . .	2, 44, 45	Poß, Joachim (SPD) . . . . .	9, 10
Fuchtel, Hans-Joachim (CDU/CSU) . . . . .	1, 18, 19, 20, 21	Uldall, Gunnar (CDU/CSU) . . . . .	11, 12, 13, 14
Heinrich, Ulrich (F.D.P.) . . . . .	7	Willsch, Klaus-Peter (CDU/CSU) . . . . .	51, 52
Helias, Siegfried (CDU/CSU) . . . . .	15, 60	Wöhrl, Dagmar (CDU/CSU) . . . . .	53, 54, 55
Hinsken, Ernst (CDU/CSU) . . . . .	8	Zierer, Benno (CDU/CSU) . . . . .	37, 38
Hohmann, Martin (CDU/CSU) . . . . .	24, 25		

## Verzeichnis der Fragen nach Geschäftsbereichen der Bundesregierung

<i>Seite</i>		<i>Seite</i>	
<b>Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes</b>			
Fuchtel, Hans-Joachim (CDU/CSU) Künftige Planungen für die European Community Monitor Mission (ECMM) für die Bereiche Kosovo, Bosnien-Herzegowi- na und Albanien ..... 1		Heinrich, Ulrich (F.D.P.) Gemeinnützige Verteilung der von der Bo- denverwertungs- und -verwaltungsgesell- schaft mbH (BVVG) aus dem Vermögen der Parteiorganisationen der ehemaligen DDR erworbenen 10,72 Mio. DM ..... 5	
<b>Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern</b>			
Frankenhauser, Herbert (CDU/CSU) Finanzielle Beteiligung des Bundes am Um- bzw. Neubau von Fußballstadien im Falle einer Austragung der Fußballweltmeister- schaft 2006 in Deutschland ..... 1		Hinsken, Ernst (CDU/CSU) Abfluss von Mitteln aus verschiedenen Ti- teln an Bayern 1998 und 1999 ..... 6	
Hollerith, Josef (CDU/CSU) Zuwanderungsanstieg und -kosten im Falle des Beitritts der Türkei zur EU ..... 2  Unterstützung Alleinerziehender durch Verlängerung der zulässigen Aufenthalts- dauer für Au-pair-Mädchen von ein auf zwei Jahre ..... 3		Poß, Joachim (SPD) Mineralölsteuererhöhungen seit 1950; Steu- ereinnahmen ..... 8  Uldall, Gunnar (CDU/CSU) Steuerliche Behandlung der durch Veräuße- rung von Anteilen an Kapital- oder Perso- nengesellschaften oder eines gesamten Un- ternehmens erzielten Gewinne ..... 10	
<b>Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz</b>			
Dr. Lammert, Norbert (CDU/CSU) Vorlage des Entwurfs einer Novelle des Ur- heberrechts ..... 3		<b>Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie</b>	
		Helias, Siegfried (CDU/CSU) Absicherung des von der chinesischen Re- gierung geplanten Drei-Schluchten-Stau- damm-Projekts in China und des Ma- heswar-Projekts in Indien mit Hermes- Bürgschaften ..... 12	
<b>Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen</b>			
Austermann, Dietrich (CDU/CSU) Voraussichtliche Steuereinnahmen und ge- samtwirtschaftliche Eckwerte durch die Steuerreform für die Jahre 2001 bis 2005 ... 5		<b>Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten</b>	
		Hollerith, Josef (CDU/CSU) Verwertung von Tierkadavern zu Tiermehl . 13	
		<b>Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung</b>	
		Austermann, Dietrich (CDU/CSU) Finanzierung des neuen Beraters für Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung ..... 14	

<i>Seite</i>	<i>Seite</i>
Fuchtel, Hans-Joachim (CDU/CSU) Entbindung der bisherigen Pressesprecherin im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung von ihren Aufgaben und weitere Verwendung . . . . .	Zierer, Benno (CDU/CSU) Verwendung von Aluminium in Hautcremes, Deostiften u. ä.; Warnung vor gesundheitlichen Schäden . . . . .
14	24
<b>Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung</b>	<b>Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen</b>
Brudlewsky, Monika (CDU/CSU) Aufhebung des Verbots militärischer Tief- flüge über dem Nationalpark Brocken; Lärmschutzmaßnahmen . . . . .	Doss, Hansjürgen (CDU/CSU) Beteiligung privaten Kapitals an der Finanzierung von Bundesverkehrswegen . . . . .
15	29
Faße, Annette (SPD) Materialtransporte bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr mit unter deutscher Flagge fahrenden Schiffen unter Beachtung der ITF-Standards . . . . .	Fischer, Dirk (Hamburg) (CDU/CSU) Fortführung der A 20 in Schleswig-Holstein mit Elbquerung . . . . .
16	30
Hohmann, Martin (CDU/CSU) Personelle Maßnahmen zur Sicherstellung der deutschen Position innerhalb der Rüstungsagentur Organisation Conjonate de Cooperation en Matière d'Armement (OCCAR) . . . . .	BAB-Projekt A 99 Westring München . . . . .
16	31
Schaffung eines Generalstabs für die Bundeswehr . . . . .	Finanzierung und Baubeginn des im Investitionsprogramm 1999 bis 2002 vorgesehenen Lückenschlusses der B 404 im Zuge der A 250 (Winsen-Lüneburg) . . . . .
17	31
Lemke, Steffi (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Abschwächung des Überflugverbots im Bereich des Nationalparks Hochharz . . . . .	Frankenhauser, Herbert (CDU/CSU) Auswirkungen der Haushaltskürzungen auf den geplanten sechsspurigen Ausbau der nördlichen Fahrspur der A 94 zwischen AS München-Riem und der A 99 . . . . .
18	32
<b>Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit</b>	Dr. Hornhues, Karl-Heinz (CDU/CSU) Bau einer Ortsumgehung in der Gemeinde Belm . . . . .
Dr. Bergmann-Pohl, Sabine (CDU/CSU) Spionageverdacht gegen ein Mitglied des Sachverständigenrates für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen . . . . .	33
19	Dr. Meister, Michael (CDU/CSU) Gefahrgutrechtliche Verantwortung bei der Beförderung radioaktiver Stoffe im Auftrag von Ärzten und Krankenhäusern . . . . .
Spezielle Regelungen zur Vergütung der Leistungen der Psychotherapeuten und ausschließlich psychotherapeutisch tätigen Ärzte im Rahmen der Neuregelung des § 85 Abs. 4 SGB V . . . . .	33
20	Nolte, Claudia (CDU/CSU) Schnelle Freigabe der A 71 bis zur Ausfahrtsstelle Ilmenau West . . . . .
Bonitz, Sylvia (CDU/CSU) Organentnahmen bei verstorbenen Babys ohne Einwilligung der Eltern . . . . .	34
22	Willsch, Klaus-Peter (CDU/CSU) Planungsstand der Ortsumgehung Bad Camberg im Zuge der B 8 . . . . .
	35
	Wöhr, Dagmar (CDU/CSU) Fehleinschätzung der Wetterprognose für den 26. Dezember 1999 durch den Deutschen Wetterdienst; Einsatz modernerer Technik . . . . .
	36

35. Abgeordnete  
**Sylvia  
Bonitz**  
(CDU/CSU)
- Seit wann ist der Bundesregierung bekannt, dass verstorbenen Babys in Deutschland ohne Einwilligung der Eltern Organe entnommen wurden, und über welchen Zeitraum erstreckte sich diese Praxis?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin  
Christa Nickels  
vom 6. Januar 2000**

Bei der gegenwärtigen Diskussion über die Entnahme von Organen bei toten Babys geht es ausschließlich um Säuglinge, die an dem so genannten Plötzlichen Kindstod gestorben sind. Jedenfalls ethisch problematisch erscheint dabei, dass Organe, insbesondere Herz und Hirn, möglicherweise zu Forschungszwecken nicht nur entnommen, sondern auch aufbewahrt worden sein könnten, ohne dass dies noch von der Einverständniserklärung der betroffenen Eltern gedeckt gewesen wäre. Hiervon hat die Bundesregierung im Vorfeld der Sendung des ARD-Fernsehmagazins Panorama vom 16. Dezember 1999 durch Anfrage seitens der Medien am 10. Dezember 1999 erfahren.

Die Entnahme und Untersuchung von Herz und Hirn am Plötzlichen Kindstod gestorbener Babys ist zu Forschungszwecken im Rahmen der multizentrischen Studie des rechtsmedizinischen Instituts der Universität Münster erfolgt. Diese europaweit größte und umfassendste wissenschaftliche Studie zum Plötzlichen Kindstod wird als Bestandteil des Gesundheitsforschungsprogramms der Bundesregierung vom Bundesministerium für Bildung und Forschung mit dem Ziel gefördert, weitere Erkenntnisse über Ursachen dieser häufigsten Todesursache im Säuglingsalter und Präventionsmöglichkeiten zu erhalten. Dabei handelt es sich um eine Nachfolgestudie einer vorangegangenen, mit deren Hilfe solche Todesfälle in Deutschland von rund 1 400 auf 600 bis 700 halbiert werden konnten. Mit ihr wird nochmals eine deutliche Reduzierung der Häufigkeit des Plötzlichen Kindstodes angestrebt. Die für die Studie erforderliche Entnahme von Organen war von 14 Ethikkommissionen und vom Gutachtergremium des Förderers gebilligt worden.

Im Rahmen der Studie sind bislang 129 Untersuchungen vorgenommen worden, davon in 121 Fällen staatsanwaltschaftlich (§ 87 Abs. 2, Abs. 4 StPO) angeordnet. Eine aufgrund der Strafprozessordnung angeordnete Obduktion kann ohne Einverständnis der Angehörigen bzw. der gesetzlichen Vertreter erfolgen. Die Entnahme von Leichenteilen ist grundsätzlich auf das zur Sachaufklärung Erforderliche beschränkt. Die Strafprozessordnung bietet keine Rechtsgrundlage dafür, Obduktionen und damit gegebenenfalls einhergehende Organentnahmen zu näheren Untersuchungen durchzuführen, wenn weiterer Zweck nicht mehr die Aufklärung der Todesursache im Hinblick auf eine mögliche Straftat ist, sondern andere Zwecke, wie die der wissenschaftlichen Forschung, verfolgt werden. Hierfür sind Rechtsgrundlagen in anderen Bereichen bzw. aufgrund anderer rechtlicher Institute, wie beispielsweise des Einverständnisses der Angehörigen, erforderlich.

Nach Vorliegen einer Einverständniserklärung der Eltern wurden in allen Fällen Organe und Organteile zu weiteren wissenschaftlichen Untersuchungen zu den Neuropathologen, die im Rahmen der Studie arbeiten, weitergeleitet. Dort wurden feingewebliche Materialproben entnommen bzw. Teile von Organen untersucht. Dieser Untersuchungsumfang war von der mündlichen Aufklärung und der schriftlichen Einverständniserklärung der Eltern gedeckt. In der überwiegenden Anzahl dieser 121 Fälle wurden die Organe nach Beendigung der Forschungsarbeiten an die Staatsanwaltschaft zurückgegeben. In 33 Fällen ist Obduktionsmaterial bei den Forschern im rechtsmedizinischen Institut der Universität Münster verblieben. In acht Fällen ist die Obduktion aus rein wissenschaftlichen Gründen durchgeführt worden. Dies erfolgte nach Zustimmung seitens der Eltern. Auch in diesen Fällen sind offensichtlich nicht nur Teile des Gehirns, sondern in einigen Fällen das gesamte Gehirn bei den Forschern verblieben. Recherchen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung haben ergeben, dass bei der Aufklärung den Eltern offensichtlich in einigen Fällen nicht hinreichend deutlich klar gemacht wurde, dass ganze Organe bei ihren verstorbenen Babys entnommen und zu Forschungszwecken aufbewahrt werden.

Nach den vorliegenden Erkenntnissen sind in keinem Fall Organe, Organteile oder Gewebe zum Zwecke der Transplantation entnommen worden.

36. Abgeordnete  
**Sylvia  
Bonitz**  
(CDU/CSU)
- Was unternimmt die Bundesregierung, um diese ethisch problematische Praxis künftig sowohl juristisch wie praktisch unmöglich zu machen, und in welcher Weise werden die für die Vorfälle Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin  
Christa Nickels  
vom 6. Januar 2000**

Nach Bekanntwerden dieser Vorfälle hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung als Förderer der Studie angeordnet, dass die die Studie durchführenden Ärzte über den gesamten Umfang der von ihnen durchzuführenden Forschungsarbeiten die Eltern ausführlich informieren, diesen Umfang genau spezifizieren und von den Eltern das schriftliche Einverständnis einholen. Außerdem sind die Ärzte umgehend angewiesen worden, in den Aufklärungsgesprächen mit den Eltern ein besonderes Augenmerk auf den Umgang mit der Leiche des verstorbenen Kindes und auf den Umfang der Forschungsarbeiten zu legen, um sicherzustellen, dass sich die Eltern völlig im Klaren darüber sind, wofür sie die Einverständniserklärung abgeben. Darüber hinaus wird das Bundesministerium für Bildung und Forschung mit dem Arbeitskreis Medizinischer Ethik-Kommissionen in der Bundesrepublik Deutschland bei der Bundesärztekammer dahingehend Gespräche führen, wie künftig generell der Wortlaut von Einverständniserklärungen zu Obduktionen für Forschungszwecke zu gestalten ist. Dementsprechend wird das Bundesministerium für Bildung

und Forschung diese zur Grundlage seiner Förderrichtlinien in diesem Bereich machen.

Maßnahmen der Strafverfolgung einschließlich der Anordnung strafprozessual bedingter Obduktionen sind Aufgabe der Länder und deren Justiz- und Strafverfolgungsbehörden. Ob das Verhalten der Forscher, die Eltern nicht über den vollen Umfang der Untersuchungen und damit verbundene Organentnahmen aufgeklärt zu haben, strafrechtliche Relevanz besitzt, ist zweifelhaft. Die Staatsanwaltschaft Münster hat sich aber bereits umgehend mit dem Projektleiter der Studie zum Plötzlichen Kindstod in Verbindung gesetzt und untersucht die Möglichkeit eines hinreichenden Tatverdachts insbesondere im Hinblick auf die Störung der Totenruhe (§ 168 Abs. 1 StGB) und die Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener (§ 189 StGB). Die Bundesregierung wird mit den Landesjustizverwaltungen erörtern, ob und gegebenenfalls wie bei der Durchführung von Obduktionen die Achtung der Totenwürde und des Rechts der Totensorge stärker gewahrt werden muss.

37. Abgeordneter  
**Benno Zierer**  
(CDU/CSU)                      Unter noch welchen anderen Bezeichnungen wird Aluminium nach Kenntnis der Bundesregierung in Hautcremes, Deostiften und Ähnlichem verwendet (bitte genaue Auflistung)?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin  
Christa Nickels  
vom 10. Januar 2000**

Aluminium und eine große Zahl von chemischen Verbindungen mit Aluminium werden in kosmetischen Mitteln verwendet. Die nachstehende Tabelle 1 enthält diejenigen Aluminium-Bestandteile, die im Beschluss der EU-Kommission vom 8. Mai 1996 zur Festlegung einer Liste und einer gemeinsamen Nomenklatur der Bestandteile kosmetischer Mittel (Abl. EG Nr. L 132 S. 1) aufgeführt sind. Der INCI-Name dieser Stoffe – es handelt sich dabei um die Internationale Nomenklatur kosmetischer Inhaltsstoffe – muss bei kosmetischen Mitteln in der vorgeschriebenen Liste der Bestandteile angegeben werden. Neben dem INCI-Namen ist in der Tabelle 1 bei den einzelnen Stoffen noch die internationale chemische Bezeichnung nach IUPAC angegeben.

38. Abgeordneter  
**Benno Zierer**  
(CDU/CSU)                      Vor welchen Bestandteilen im Einzelnen, die in Hautcremes, Deostiften und Ähnlichem enthalten sein können, ist aus Sicht der Bundesregierung wegen möglicher Gefahr für die Gesundheit zu warnen, und unter welchen Bezeichnungen im Einzelnen werden diese Bestandteile verwendet (bitte jeweils genaue Auflistung)?